

---

# Merkel und die EU-Präsidentschaft

Jochen Thies

---

Angela Merkel kann als Glücksfall für die deutsche Außen- und Europapolitik bezeichnet werden. Diese Feststellung ist nach eineinhalb Jahren im Amt als Bundeskanzlerin ohne weiteres erlaubt. Sie ist eine überzeugte Europäerin, aus der Schule von Helmut Kohl stammend, eine Atlantikerin, eine Frau mit Gespür für die Befindlichkeiten Osteuropas und eine Naturwissenschaftlerin. Wenn die Debatte um das Weltklima und seine Bewahrung in den nächsten Jahren eine hohe Priorität beibehält, wird sie als studierte Naturwissenschaftlerin quasi in ihrem Element sein. – Immer deutlicher wird in der Rückschau, daß Frau Merkel, bei Amtsantritt als Ostdeutsche ein wenig belächelt, als beinahe fertige Außenpolitikerin ins Amt kam. Das kann man nicht von allen ihren Amtsvorgängern behaupten. Vor allem Gerhard Schröder, der direkte Vorgänger, hat in dieser Hinsicht eine Performance abgelegt, die enttäuschte. Denn er durchlief nicht den Sozialisierungsprozeß, den deutsche Bundeskanzler normalerweise durchmachen, indem sie sich im Laufe ihrer Amtsjahre immer mehr der Außenpolitik zuwenden und gleichzeitig Abstand zur Parteipolitik nehmen. Schröder hat hingegen den Irakkonflikt und damit ein wachsendes Unbehagen der Deutschen und Europäer an der Politik eines US-Präsidenten hemmungslos zu innenpolitischen Zwecken mißbraucht.

Dabei hatte das rot-grüne Regierungsbündnis zunächst bemerkenswert couragiert operiert. Kaum waren 1998 Schröder Kanzler und der Grüne Fischer Außenminister geworden, beteiligten sie das Land erstmals nach 1945 an einem Krieg. Tornado-Flugzeuge flogen Kampfeinsätze im Kosovo, und Bodentruppen übernahmen später einen Sektor in dem kleinen Land mit der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Aber dann verließ diese erste Nachkriegskoalition, die die deutsche Sicherheitspolitik sprunghaft weiterentwickelt hatte, rasch der Mut. Mehrheiten für Auslandseinsätze kamen immer öfters nur dank der Stimmen der Oppositionsparteien zustande. Und in den Reihen von SPD und Grünen wechselten immer mehr Abgeordnete in das Lager eines prinzipiellen Pazifismus über. Leicht wird die SPD die Geister, die ihr Kanzler in der Irak-Debatte rief, nicht loswerden. Und die wirkliche Geschichte dieses unglücklich ver-

laufenen Krieges ist noch längst nicht erzählt. Dies kann mittelfristig zu erheblichen Problemen für die deutsche Außenpolitik führen. Solange die Große Koalition in Berlin unter der Anführung von Frau Merkel existiert, wird diese Situation jedoch nicht eintreten.

Eine Reihe von Gründen und Ursachen sind dafür anzuführen, daß es bei Frau Merkel anders als bei Schröder kam. Ganz offenkundig brachte sie außenpolitische Erfahrungen aus ihren Ministerjahren in den Kabinetten von Helmut Kohl mit, als sie nacheinander von 1991-1994 Ministerin für Familie und Jugend und von 1994 bis 1998 Umweltministerin war. Nicht zu unterschätzen sind ferner auch die Erfahrungen, die die promovierte Physikerin beim Austausch mit anderen wissenschaftlichen Institutionen im damaligen Ostblock sammelte. Erst kürzlich stellte sich heraus, daß Angela Merkel nicht nur über gute russische Sprachkenntnisse verfügt, sondern aufgrund eines mehrmonatigen Studienaufenthaltes auch die polnische Sprache versteht und spricht. Das verschafft ihr Kenntnisse und Vorteile bei Begegnungen mit Politikern in Mittel- und in Osteuropa, die während der deutschen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 immer deutlicher geworden sind.

Als weitere Ursache für die stabile, sichere Hand, mit der Frau Merkel die Leitlinien der deutschen Außenpolitik bestimmt, ist anzuführen, daß sie sich mit äußerst kompetenten, passenden Beratern umgeben hat. Der wichtigste außen- und sicherheitspolitische Ratgeber im Bundeskanzleramt, der Leiter der Abteilung 2, Christoph Heusgen, diente zuvor dem Spanier Solana in gleicher Funktion in Brüssel. Als es um die Besetzung der wichtigsten Botschaftsposten ging, die kurz nach dem Regierungswechsel anstanden, griff die Kanzlerin ein und korrigierte einige Entscheidungen des Auswärtigen Amtes.

Dennoch ist der Kontakt von Frau Merkel zu ihrem Außenminister gut. Wie gut er ist, versuchen beide in der Öffentlichkeit zu verbergen, denn sie arbeiten im Schulterschuß, mit viel Respekt für den anderen. Der politische Novize und amtierende Außenminister Frank-Walter Steinmeier arbeitete zuvor Schröder als Chef des Bundeskanzleramtes zu. Dies müßte normalerweise zu erheblichen Reibungsverlusten und Loyalitätskonflikten führen. Die bisherige Karriere wie auch die Auffassung vom Ministeramt und Praxis weisen Steinmeier jedoch als Spitzenbeamten aus, nicht als Parteipolitiker. Das erleichtert die Zusammenarbeit der beiden, zumal auch das Weltbild von Merkel und Steinmeier weitgehend übereinstimmen dürfte. Lediglich in der Bewertung der Rolle der USA und Rußlands in der Weltpolitik gibt es leichte, taktisch bedingte Akzentunterschiede. Steinmeier muß Schröders polarisierenden Kurs gegenüber der Bush-Regierung im Hinterkopf behalten, auch den Anti-Amerikanismus, dem Teile der SPD zur Zeit huldigen, während Angela Merkel die atmosphärischen Störungen im Verhältnis zu Bush jr. beseitigt hat. Dafür hält sie vergleichsweise Abstand zum russischen Präsidenten Putin, zu dem ihr Vorgänger einen erschreckend engen persönlichen Kontakt unterhielt. Steinmeier darf hier nun die Akzente ein wenig anders setzen, Rußlands Rolle betonen und sich – ähnlich wie im Falle einer EU-Mitgliedschaft der Türkei – mehr als die Kanzlerin für die Kooperation mit dem Partner ins Zeug legen.

Alle diese Umstände haben dazu geführt, daß Deutschland zur Zeit eine Phase außen- und europapolitischer Stabilität durchlebt, verbunden mit internationaler Anerkennung der Führungsrolle, die Angela Merkel dabei mit Umsicht ausübt. Das ist eine ganz neue Erfahrung für Deutschland. Unterfüttert wird diese Politik durch bemer-

kenswerte wirtschaftliche Erfolge, für die die Basis in der Zeit von Rot-Grün gelegt wurde. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahlen sinken und die Einnahmen des Staates steigen – gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Außenpolitik.

---

### Positive internationale Bewertung

---

Das Erstaunliche an der positiven internationalen Bewertung der deutschen Politik ist, daß sich in der Sache im Vergleich zur Vorgängerregierung nur wenig bewegt hat. Die Ursache ist keineswegs darin zu suchen, daß in Berlin eine Koalitionsregierung amtiert und die SPD alle sicherheitspolitischen Initiativen der Konservativen abbremst. Denn in Wirklichkeit grassiert auch in den Reihen der CDU/CSU eine wachsende Sorge darüber, daß Deutschland sich bei seinem Engagement in der Welt – die Stichworte heißen Kosovo, Horn von Afrika, Afghanistan – übernehmen könnte, zumal die Bevölkerung Militäreinsätze ablehnt und die Rolle, die Deutschland international spielen muß, nicht recht einsieht. Zwar zeigte Angela Merkel als Oppositionsführerin zu Beginn des Irakkriegs erkennbar Sympathie für den Gedanken einer deutschen Beteiligung. Edmund Stoiber, der bayerische Ministerpräsident und damalige Unions-Kanzlerkandidat, zögerte jedoch, was ihm im Duell mit Schröder keine Pluspunkte einbrachte.

Daß dies so ist, daran tragen die deutschen Parteien nicht unwesentlich Schuld. Denn sie haben es versäumt, der Bevölkerung nach dem Fall der Berliner Mauer zu vermitteln, daß Deutschland nun Stabilität in eine unruhige Welt exportieren muss, nachdem es jahrzehntelang von der Solidarität seiner NATO-Partner im Kalten Krieg profitiert hat. Fast alle wichtigen sicherheitspolitischen Weichenstellungen nahm daher seit Beginn der neunziger Jahre das Bundesverfassungsgericht vor, das von Fall zu Fall von der einen oder anderen Partei angerufen wurde. Am Ende hatte diese Praxis zur Folge, daß die Richter für militärische Auslandseinsätze eine Kanzlermehrheit\* anordneten, daß Auslandseinsätze von einer Mehrheit im Parlament abhängen. Aber zu diesem Zeitpunkt war die Welt noch in Ordnung, gab es den Terrorismus nicht. Was die Richter nicht wissen konnten: die Entscheidungsprozesse in der deutschen Sicherheitspolitik verzögern sich und wirken bisweilen lähmend auf Politik und Öffentlichkeit. Denn die Regierung, die anders als in den USA, Großbritannien oder Frankreich praktisch kaum Handlungsspielraum hat, muß im Fall einer unvermittelt ausbrechenden Krise erst einmal abwarten, wie der Diskussionsprozeß in den Fraktionen der Regierungsparteien verläuft. Schröder mußte beispielsweise mit der Vertrauensfrage operieren, um seine Fraktion zum Mazedonien-Einsatz (!) der Europäischen Union zu bewegen. Wer geglaubt hat, daß das Land sich nach quälenden Diskussionsprozessen außen- und sicherheitspolitisch weiterentwickelt, eine sicherheitspolitische Kultur geschaffen hat und nicht auf längst überholte Sachstände zurückfällt, sieht sich immer wieder getäuscht.

Auch die lange Amtszeit des liberalen Außenministers Genscher, der kürzlich unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit seinen achtzigsten Geburtstag feierte, wirft noch immer ihren Schatten auf die deutsche Außenpolitik. Genscher vermied in Zeiten der deutschen Teilung Festlegungen, was ihn zum populärsten Politiker mach-

---

\* Die »Kanzlermehrheit« ist die Mehrheit der Mitglieder des Bundestags, normalerweise die einfache Mehrheit.

te, und setzte auf den KSZE-Prozeß. Als entgegen seinen Annahmen zu Beginn der neunziger Jahre der Krieg nach Europa in Gestalt des Balkan-Konflikts zurückkehrte und harte, auch militärische Entscheidungen Deutschlands erforderte, gab er 1992 sein Amt auf. Vergeblich wird man in den Interviews, die er nach wie vor gibt, Festlegungen zur Rolle Deutschlands an den Krisenschauplätzen dieser Welt suchen. Genscher bleibt ein Meister des »Sowohl-als-auch«.

Symptomatisch für die sicherheitspolitischen Verrenkungen, die die Regierung Merkel gegenwärtig aufführt, ist das Verhalten im Afghanistan-Konflikt. Die Bundeswehr kontrolliert zur Zeit einen relativ sicheren Bereich im Nordosten des Landes, während im Süden und an vielen Punkten der Grenze zu Pakistan schwere Kämpfe toben, bei denen die NATO-Partner Deutschlands, vor allem Briten und Kanadier, in den letzten Monaten viele Soldaten verloren. Einige Bündnispartner, voran Briten und Amerikaner, sind darüber hinaus trotz wachsenden innenpolitischen Drucks militärisch im Irak engagiert, von wo der Strom der Schreckensmeldungen nicht abreißt. Aber alles dies hat die Bundesregierung bisher nicht von ihrer Argumentation abbringen können, daß die Bundeswehr nur für ihren genau umrissenen Bereich in Afghanistan zuständig ist. Unterschwellig wird damit der eigenen Öffentlichkeit signalisiert, daß man erfolgreicher als die Bündnispartner operiere, weil man nicht nur auf die militärische, sondern auch auf die zivile, die Aufbaukomponente setze. Aber dies versuchen erwiesenermaßen alle Länder, die sich in Afghanistan auf die eine oder andere Weise engagieren. Das Konzept stammt im übrigen von den Kanadiern, die eine sehr lange Erfahrung beim »*peace-keeping*« haben und sich – wie die Deutschen – im Irak militärisch nicht engagierten. Die NATO sieht sich daher gezwungen, um jeden deutschen Ausbilder, jeden Fernmelder und um jedes Flugzeug, das vorübergehend im Süden Afghanistans aktiv werden soll, zu feilschen. Auf die Dauer kann eine solche Politik der Entsolidarisierung nicht gutgehen. Sie wird im übrigen von den Staaten, die in Afghanistan aus innenpolitischen Gründen ähnlich wie Deutschland unter Druck stehen, genauestens beobachtet. Der Härtestest für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik steht somit weiter aus und – in der Ableitung – auch für Europa. Mit Ausnahme der Linkspartei reagierten Politik und Öffentlichkeit bemerkenswert besonnen auf den Anschlag in Kundus, bei dem drei Soldaten getötet wurden.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreich verlaufende EU-Präsidentschaft hatte Angela Merkel in den ersten Wochen ihrer Kanzlerschaft, im November/Dezember 2005 geschaffen, als sie in hohem Tempo und mit enormer Frequenz den Kontakt zu ihren Partnern aufnahm und sehr rasch einen persönlichen Draht zu George Bush jr. entwickelte. Das Verhältnis zu Putin und zu Rußland definierte sie anders als ihr Vorgänger, ohne jedoch die Verbindung nach Moskau zu beschädigen.

---

### Die »Kurnaz-Affäre«

---

Im Sommer des letzten Jahres kamen dann zwei weltpolitische Herausforderungen auf Deutschland zu, die am Ende erstaunlicherweise ohne die üblichen innenpolitischen Eruptionen bewältigt wurden: die Kongo-Mission der Europäischen Union unter deutscher Führung und der Einsatz der Bundesmarine vor der Küste Libanons. Kritisch wurde es für die Regierung lediglich, als Außenminister Steinmeiers Stuhl wegen der sogenannten »Kurnaz-Affäre« vorübergehend wackelte. Vor allem die deutsche Presse warf ihm vor, sich nicht genügend für den gleichnamigen Deutsch-

Türken eingesetzt zu haben, der infolge eigenen dubiosen Verhaltens – er reiste kurz nach dem 11. September 2001 nach Pakistan – in die Hände des CIA geriet. Offenbar wurde er mehrere Jahre lang unschuldig in Guantanamo festgehalten und dort von den Amerikanern verhört. Erst die Kanzlerin ließ ihn heimholen, nachdem diese Möglichkeit von der Vorgängerregierung aufgrund anhaltender Sicherheitsbedenken ausgeschlossen worden war.

Damit hatte Frau Merkel den Rücken vollends frei für die Gespräche mit den europäischen Partnern. Und auch hier verschob sie, kaum merklich für die deutsche Öffentlichkeit, die Akzente. Sie beendete die spezielle Freundschaft des Vorgängers mit dem französischen Präsidenten, also das taktische Bündnis von Chirac und Schröder in der Irak-Frage mit klarer Ausrichtung gegen die USA, verbunden mit erheblichen Kollateralschäden für die kleinen Mitglieder der EU und speziell die Ostmitteleuropäer. Gleichzeitig kam es zu einem guten Gesprächskontakt zwischen Frau Merkel und dem britischen Premier Tony Blair, der sich mit Schröder, zunächst sein politischer Freund, wegen des Irakkonflikts und des anfänglichen deutschen Reformstaus auseinandergeliebt hatte. Die Wiederbelebung der deutsch-britischen Beziehung war eine wichtige Voraussetzung, um Blair für das europäische Verfassungsprojekt wiederzugewinnen. Welche Rolle die Briten in der entscheidenden Phase im Sommer 2007 spielen werden, bleibt allerdings offen.

In gleicher Weise ging Frau Merkel in Ostmitteleuropa mit dem Ziel vor, die Spaltung des Kontinents, die Polarisierung in der Frage: »Bist Du ein Partner oder ein Kritiker Amerikas?«, die Aufteilung in das »neue« und »alte Europa«, zu vermeiden. Sie suchte das Gespräch mit den sperrigen Partnern Polen und der Tschechischen Republik, mit Kaczynski und Klaus. Auch die Benelux-Staaten, die die Vorgängerregierung links liegengelassen hatte, sind wieder in den Fokus der deutschen Europapolitik zurückgekehrt. Informierte Beobachter berichten übereinstimmend, daß Angela Merkel dabei mit ihrem persönlichen Charme, sicherlich anders als Margaret Thatcher, aber ihr wiederum auch nicht unähnlich, manchen Punkt gemacht hat. Die Härten des Tagesgeschäfts sieht man Angela Merkel vielleicht auch aus diesen Gründen noch nicht an. Sie reitet auf einer Welle des außen- und europapolitischen Erfolges. Und dieser Erfolg schwappt in die Innenpolitik hinüber und beschert ihr gute Umfragewerte.

---

### **Ziele der deutschen Europapolitik**

---

Die Ziele der deutschen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 lassen sich in etwa so zusammenfassen: Rettung der Substanz der Verfassung und Festigung des Zusammenhalts der Gemeinschaft von 27 Mitgliedern – kein Kerneuropa und auch nicht ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Diese Auffassung wird im großen und ganzen von zwanzig EU-Mitgliedern geteilt. Die Gespräche der Kanzlerin und des Außenministers zielten daher im Frühjahr 2007 vor allem darauf ab, die verbliebenen schwierigen Partner in der EU ein wenig für die deutsche Position zu gewinnen oder sie wenigstens zum Stillhalten zu bewegen. Neben Großbritannien galt dies vor allem für Polen und die Tschechische Republik. Eine leichte Entspannung der Lage zeichnete sich nach dem Sieg von Nicolas Sarkozy bei den französischen Präsidentschaftswahlen ab. Auch aus dem zweiten Land, in dem ein Referendum zur EU-Verfassung vor zwei Jahren gescheitert war, in den Niederlanden, drangen positive Signale nach Berlin.

Der in Berlin während der deutschen EU-Präsidentschaft erdachte Fahrplan sah so aus, daß es im Juni zu einer Verabredung in der Gemeinschaft kommen sollte, durch die der Zeitplan der nächsten knapp zwei Jahre fixiert werden sollte, um die Verfassung in ihren wichtigen Bestandteilen doch noch zu retten. Eine Regierungskonferenz von kurzer Dauer sollte sich danach mit dem Umschreiben, Redigieren und Streichen von Teilen des vorliegenden Verfassungsdokuments befassen. Während der nachfolgenden EU-Präsidentschaft von Portugal, so die Überlegungen in Berlin, wurde eine Einigung angestrebt, um das veränderte Vertragswerk noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2009 durch die nationalen Parlamente zu bringen. Sarkozy hatte bereits vor seiner Wahl angekündigt, bei einem veränderten Vertrag auf ein Referendum zu verzichten. Dies könnte Signalcharakter für andere Länder haben.

Die deutsche Europapolitik, speziell die der Kanzlerin, hat zum Ziel, die existierende Gemeinschaft der 27 arbeitsfähiger zu machen und einen engen Draht sowohl zu den westlichen als auch zu den östlichen Partnern zu unterhalten. Enge deutsch-französische Zusammenarbeit wie auch vertrauensvolle deutsch-polnische Zusammenarbeit lautet die Devise der Kanzlerin. Hier kommt ihre östliche Prägung deutlich zum Vorschein. Damit setzt sie einen Akzent, der von den anderen Führungspersönlichkeiten in ihrer Partei, zumeist mit einer ganz anderen Sozialisation, so nicht gemacht würde. Eher abwartend ist Angela Merkels Haltung, was die politischen Entwicklungen in Rußland und in der Türkei angeht. Während der Kanzlerschaft ist ihr außenpolitischer Stil insgesamt vorsichtiger geworden. Sie wird Festlegungen vermeiden, wenn sie nicht im Konzert der EU-Partner stattfinden.

Nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien, zwei Staaten, denen die Reife für eine EU-Mitgliedschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Wirklichkeit noch fehlt, ist auch in Deutschland die Stimmung eindeutig gegen weitere EU-Mitglieder. Von der Türkei war in diesem Zusammenhang bereits die Rede. Die unübersichtliche innenpolitische Lage in Ankara und die feste französische Position in dieser Frage werden vermutlich schon bald zu einem Stimmungsumschwung in Deutschland führen, zu einem Ende der Debatte, ob die Türkei ein EU-Mitglied werden kann oder nicht. Die überwiegend ablehnende Haltung der Bevölkerung wird zur Zeit durch einen politischen Diskurs überdeckt, bei dem die Parteien vermeiden, das zu sagen, was auch in ihren Reihen in der Türkei-Frage tatsächlich gedacht wird. Die Unehrlichkeit in dieser Frage seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts – spätestens hier kann man die Enttäuschung der Türken verstehen – setzt sich leider fort.

---

### **Empfindliches Rußland nicht überfordern!**

---

Aber auch hinsichtlich einer mittelfristigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine oder anderer Staaten aus der Konkursmasse der Sowjetunion sind die Deutschen mittlerweile skeptisch geworden. Die Öffentlichkeit spürt, zuletzt beim Raketenstreit, den Putin allerdings mit Hilfe durchsichtiger Argumente mit den Amerikanern auslöste, daß man den Russen angesichts des Vordringens von NATO und EU nach Osten nicht noch mehr zumuten darf. Die russische Demokratie ist alles andere als gefestigt, sie ist, was die Pressefreiheit angeht, sogar elementar bedroht. Und die Rückgriffe der russischen Führung in Wahlkampfzeiten auf Propagandaelemente des Kalten Krieges nehmen zu.

Wie empfindlich Rußland mittlerweile geworden ist, das jetzt versucht, verlorengegangene militärische Stärke dank enormer Einnahmen bei Öl und Gas wiederzugewinnen, zeigte zuletzt der Konflikt um das Kriegerdenkmal im estnischen Tallinn. Er signalisiert, daß Rußland auf ein »*droit de regard*« bei seinen westlich vorgelagerten kleinen Nachbarn pocht. Der Denkmalstreit wird nun auch in Polen ausgetragen werden und vermutlich eines Tages auch in Deutschland, wo die russischen Kriegsmonumente bislang relativ unangetastet blieben.

Auch die international offene Kosovo-Frage paßt in diesen Zusammenhang. Moskau versteht sich noch immer als Schutzmacht der Slawen und speziell der Serben und will eine völlige Unabhängigkeit des winzigen Landes verhindern. Die radikalste Gegenposition nehmen hier die USA ein, was die laufenden Verhandlungen nicht gerade erleichtert. Sollte das Kosovo unabhängig werden, würde es sich zu jener Gruppe kaum lebensfähiger Kleinstaaten auf dem Balkan hinzugesellen, die nach einer kurzen Phase des nationalen Rausches in die EU drängen werden. Die deutsche EU-Politik versucht, diesen Prozeß umsichtig zu steuern, die Russen nicht vor den Kopf zu stoßen und die USA ein wenig zu bremsen, die nach wie vor ein großes militärisches Truppenkontingent im Kosovo haben, während die Russen ihre Soldaten abgezogen haben. Mittelfristig, so die Annahme der deutschen Politiker und Diplomaten, muß das letzte Loch in der Gemeinschaft, durch die Kriminalität, Drogen und terroristische Gefahren in breitem Strom nach Westeuropa dringen, geschlossen werden. Auch der westliche Balkan muß nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien Mitglied der Gemeinschaft werden. Aber spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre die EU arrondiert. Eine Ausdehnung nach Osten oder nach Süden, ein Einschluß der Staaten des südlichen Randes des Mittelmeerbeckens oder von Israel, das bereits als potentielles NATO-Mitglied benannt wurde, erscheint nicht vorstellbar. Und – sollte die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus anhalten und ihren Ursprung in islamischen Staaten beibehalten – wird die Gemeinschaft ihre Reihen und Außen Grenzen fester schließen, schließen müssen. Sie tut dies bereits.

---

### **Sarkozys Präsidentschaft stabilisiert deutsche Koalition**

---

Beobachter in Berlin schließen nicht aus, daß trotz aller Bemühungen der Kanzlerin das Verfassungsprojekt am Ende scheitern kann. Wie immer wird daher schon jetzt nach Formeln und Möglichkeiten gesucht, um diesen Umstand zu verschleiern. Aber die Globalisierung und die Klimaerwärmung werden neben anderen Antriebsmomenten die Europäer dazu zwingen, immer enger politisch zusammenzuarbeiten.

Schon seit Jahren ist zu beobachten, daß Wahlen in einem Nachbarland immer stärker von den heimischen Medien beobachtet werden. Somit nimmt auch auf diesem Gebiet, das bislang ein nationales Sanktuarium war, die Interdependenz zu. Daher wird auch der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen erhebliche Auswirkungen auf Westeuropa und hier speziell auf Deutschland haben. Denn er bedeutet nichts anderes als einen vorläufigen Sieg der »Realisten« über die Politiker, deren Wunschenken die Einsicht in die reale Lage übersteigt. Vor allem für Deutschland könnte sich die französische Wahlentscheidung stabilisierend auf die Große Koalition von CDU/CSU und SPD auswirken und die SPD davon abbringen, sich auf einen gefährlichen Linkskurs zu begeben. Dieser würde erhebliche Auswirkungen auf die Partner haben. Wenn Sarkozy auch nur in etwa als Präsident der Politiker bleibt, der

er als Innenminister war, werden die Themen »*law and order*«, Migration und das Zusammenleben von christlicher Mehrheitsgesellschaft und Muslimen zu Hauptfragen der Politik werden, und die Resultate dieser Politik werden von Frankreich auf ganz Europa ausstrahlen. Davon würde interessanterweise in Deutschland kurzfristig die CSU am meisten profitieren, deren Parteispitze seit Jahren gute Kontakte zu Sarkozy unterhält. Für die CDU, also für die Partei der Kanzlerin, war die politische Rhetorik des Sohnes eines ungarischen Einwanderers bislang nicht akzeptabel. Sie zuckte förmlich unter seinen Einlassungen nach den Krawallen in den Vororten französischer Städte zusammen.

Gleichzeitig, und auch dies ist schon deutlich geworden, wird die deutsch-französische Sonderbeziehung in der bisherigen Weise nicht fortgeführt werden können. Schmidt, Giscard d'Estaing, Helmut Kohl und die Generation des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages von 1963 bestimmen nicht länger die Themen in Politik und Gesellschaft. Die 150 Jahre währende »Erbfeindschaft« der beiden Völker ist vergessen. Deutsche und Franzosen empfinden längst Sympathie füreinander, auch wenn sie sprachlich stärker getrennt bleiben als etwa Franzosen und Spanier. Auf historischen Erfahrungen basierende Emotionen sind Merkel und Sarkozy fremd. Auch ist die EU in der Zwischenzeit so groß geworden, daß ein deutsch-französischer *accord* allein nicht ausreicht, um einen politischen Prozeß nicht nur zu starten, sondern auch zum Abschluß zu bringen. Hinzu kommen erhebliche Veränderungen in der französischen Außen- und Sicherheitspolitik, voran die zu erwartende Annäherung Frankreichs an die USA. Dies kann auf dem einen oder anderen Feld – etwa in Afghanistan, wo Paris an Truppenreduzierung oder sogar Rückzug denkt – zu erheblichen Überraschungen führen, insgesamt jedoch zu einer sehr viel verlässlicheren französischen Politik, nicht unähnlich der der anderen europäischen Nuklearmacht, Großbritannien.

Sehr bald wird sich die SPD in Deutschland daher entscheiden müssen, ob sie weiter nach links rückt, wofür es gegenwärtig eine Menge Anzeichen gibt, oder ob sie eine pragmatische Außen- und Sicherheitspolitik betreibt, die ihr eine weitere Regierungsbeteiligung eröffnet. Falls sie es nicht tun sollte, könnte die zu erwartende französische Außenpolitik dazu führen, daß es bei den nächsten Bundestagswahlen eine bürgerliche Mehrheit in Deutschland gibt. Man sieht, der Ausgang einer Wahl in einem großen europäischen Land hat erhebliche Auswirkungen auf seine Nachbarn.

Faßt man am Ende die europäischen Trends mit den Welttrends zusammen, läßt sich sagen, daß die Lage zu einigem Optimismus berechtigt. Die Zeit der großen Mißverständnisse zwischen Europa und den USA scheint sich dem Ende zu nähern. Die Volksrepublik China deutet an, daß sie bereit ist, im UN-Kontext sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. Und wenn die Amerikaner sich in der Debatte um das Weltklima bewegen sollten, stehen Europa angesichts einer gut verlaufenden wirtschaftlichen Konjunktur gute Jahre bevor.